

Zusammenstellung der Stellungnahmen von SV PD Dr. Reuter und SV Prof. Dr. Miegel zur Frage der Demographischen Herausforderungen

E-Mail von SV Dr. Reuter vom 31. Mai 2011 an SV Prof. Miegel

Sehr geehrter Herr Professor Miegel!

Auf der Enquete-Sitzung vom 9. Mai, in der ich eine Analyse der Ursachen der Wirtschaftskrise vorgelegt hatte, hatten Sie zu den demografischen Herausforderungen gesprochen.

In der anschließenden Aussprache hatte ich Sie auf die Wirkungen der Produktivitätsentwicklung angesprochen. Leider war für eine tiefgreifende Diskussion keine Zeit, so dass ich auf diesem Wege noch einmal nachfragen möchte.

M.E. verliert der demographische Wandel, also die Alterung unserer Gesellschaft, seinen bzw. ihren Schrecken, wenn man die Produktivitätsentwicklung einbezieht. Um die Debatte auf eine sachgerechte Grundlage zu stellen, hatten wir hier bei ver.di schon 2003 eine Broschüre unter dem (zugegeben nicht sehr glücklich gewählten) Titel "Mythos Demographie" herausgegeben. Unsere Berechnungen hatten wir unter der Überschrift "Produktivität schlägt Demografie" knapp wie folgt zusammengefasst: "Auch in Anbetracht der demographischen Veränderungen verdoppelt sich (bis 2050, N.R.) der für jede bzw. jeden zur Verfügung stehende Reichtum."

Da zwischenzeitlich eine neue, nämlich die 12. amtlichen Bevölkerungsprognose vorliegt, habe ich nun noch einmal neu gerechnet. Grundlage meiner aktuellen Berechnungen ist die Variante 1-W-1 der aktuellen Prognose. 2009 betrug das BIP/Kopf 29.451 Euro. Ich habe angenommen, dass dauerhaft nur sowenig der 15-65jährigen (= 75%) arbeiten wie 2009 und die Produktivität je Erwerbstätigem jährlich um (lediglich) ein Prozent steigt.

Das Ergebnis bestätigt in der Tendenz vollkommen das Ergebnis aus 2003 (s. Schaubild im Anhang): Im Jahr 2030 würde sich unter diesen Bedingungen ein BIP/Kopf in Höhe von 32.411 Euro ergeben, 2060 sogar von 40.468 Euro. M.a.W.: Trotz der Alterung unserer Gesellschaft gibt es - unter wie ich meine durchaus realistischen und einigermaßen konservativen Annahmen - nicht weniger, sondern deutlich mehr zu verteilen.

Insofern haben wir es mit keinem "Sachzwang" zu tun, der etwa zur Rentenkürzung/Rente mit 69 etc. zwingt, sondern "lediglich" mit einem Verteilungsproblem. Das "lediglich" ist bewusst in Anführungszeichen gesetzt, weil die Verteilung natürlich alles andere als einfach zu ändern ist - v.a. einen politischen Willen voraussetzt.

Aber es ist eben ein grundsätzlich unterschiedliches Problem, ob etwas nicht da ist (= Sachzwang), oder wir es mit einem Verteilungsproblem (= politische Aufgabe) zu tun haben.

Ich bin auf Ihren Kommentar sehr gespannt!

Mit besten Grüßen

Norbert Reuter

E-Mail-Antwort von SV Prof. Miegel vom 15. Juni 2011 an SV Dr. Reuter

Sehr geehrter Herr Reuter,

leider komme ich erst heute dazu, Ihre Email vom 31.05.2011 zu beantworten. Bitte haben Sie Nachsicht.

Rechnerisch sind Ihre Ausführungen sicherlich zutreffend. Doch abgesehen davon, dass sich der von Ihnen unterstellte Produktivitätsfortschritt - demographiebedingt - zu nur noch 50 Prozent in Wirtschaftswachstum niederschlägt, verkennen Sie meines Erachtens, dass demographische Verschiebungen nicht nur quantitativer, sondern auch qualitativer Natur sind. So sinkt bereits bis 2020 der Anteil der 25- bis 45-Jährigen an den 25- bis 65-Jährigen von rund 50 auf rund 45 Prozent, während der Anteil der über 45-Jährigen von rund 50 auf 55 Prozent steigt. In den Folgejahren setzt sich dieser Trend fort. Die Folge: Künftig wird der Arbeitsmarkt von Arbeitskräften dominiert werden, die nach heutiger Terminologie als "älter" gelten. Dabei zeigt eine Reihe von Untersuchungen, dass viele der über 45-Jährigen ihre Sicht- und Verhaltensweisen gegenüber Produktivitätsfortschritt und Wirtschaftswachstum deutlich verändern. Sie könnten zwar noch, wollen aber häufig nicht mehr. Für sie gibt es Wichtigeres und Interessanteres im Leben als das BIP zu mehren. Bereits dieser Umstand dürfte wachstumsdämpfend wirken. Hinzu kommen weitere Faktoren, die unlängst im Policy-Brief Nr. 2011/04 der Bertelsmann-Stiftung angesprochen worden sind. Ich hänge ihn der Einfachheit halber an.

Mein Fazit: Die Wahrscheinlichkeit, dass das künftige Pro-Kopf-BIP in Deutschland (wie in mehreren anderen Ländern) künftig nicht größer, sondern messbar kleiner sein wird als heute ist mindestens so groß wie der umgekehrte Fall. Die politische (und wissenschaftliche) Schlussfolgerung hieraus lautet für mich: Sollte das BIP weiter wachsen, gibt es im Prinzip kaum Handlungsbedarf. Für den umgekehrten Fall müssen hingegen Vorkehrungen getroffen werden, die jetzt einzuleiten sind.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Meinhard Miegel

E-Mail-Antwort von SV Dr. Reuter vom 22. Juni 2011 an SV Prof. Miegel

Sehr geehrter Herr Miegel!

Vielen Dank für Ihre Antwort und den Hinweis auf die Bertelsmann-Studie. Ich denke, unser Gedankenaustausch dürfte für die Gesamt-Enquete von Interesse sein...

Wir sind uns darin völlig einig, dass allein aufgrund der demografischen Entwicklung es zukünftig zu einer Schrumpfung des BIP (nach meinen Berechnungen allerdings nicht des BIP/Kopf!) kommen wird. Um zu anderen Ergebnissen - etwa zu einem zukünftigen durchschnittlichen jährlichen Wachstum um die 1,5% - 2% zu kommen wie von einigen Mitgliedern der Enquete angenommen - müsste man recht gewagte Annahmen etwa über die Entwicklung der Produktivität, der Zuwanderung, der Geburtenrate etc. treffen.

Der entscheidende Punkt ist m.E., wie groß die zukünftige allein demografiebedingte Schrumpfung des BIP sein wird. Hier komme ich zu optimistischeren Ergebnissen als etwa Thieß Petersen in dem von Ihnen empfohlenen Policy-Brief der Bertelsmann-Stiftung, der von einer Schrumpfung des BIP ab 2020 ausgeht, die bis 2040 auf jährlich ungefähr zwei Prozent ansteigt und sich dann auf diesem jährlichen Schrumpfungsniveau einpendelt.

Nach meinen Berechnungen (s. die einzelnen Varianten in anhängender PP) würde selbst bei einem zukünftigen völligen Ausbleiben des Produktivitätsfortschritts das BIP im langfristigen Durchschnitt bis 2060 "nur" um ein Prozent/Jahr schrumpfen (s. Grafik 1 in anhängender PP). D.H. ein Schrumpfen des BIP in Größenordnungen von zwei Prozent pro Jahr würde bedeuten, dass die Erwerbstätigenproduktivität deutlich sinken müsste, wir also zukünftig nicht nur keinen Produktivitätsfortschritt mehr haben dürften, sondern die Wertschöpfung pro Erwerbstätigen im Durchschnitt laufend zurückgehen müsste. Eine m.E. schwer begründbare Entwicklung.

Entscheidend ist, dass unter m.E. realistischen Annahmen es trotz sinkendem BIP es zu keinem sinkendem BIP/Kopf kommen wird. Meine aktuellen Berechnungen verschiedener Varianten kommen zu folgenden Ergebnissen, die Sie im einzelnen in anhängender PP nachvollziehen können:

* lediglich unter der völlig unrealistischen Annahme eines zukünftig ausbleibenden Produktivitätsfortschritts gehen BIP wie BIP/Kopf zukünftig stark zurück (Grafik 1);

* unter der Annahme einer wie in den letzten 10 Jahren steigenden Erwerbstätigenproduktivität steigt das BIP leicht, das BIP/Kopf stark (Grafik 2);

* sollte der Produktivitätsfortschritt künftig zurück gehen und nur noch + 0,7%/Jahr betragen, sinkt das BIP leicht, das BIP/Kopf steigt jedoch weiterhin (Grafik 3);

* unter der Annahme, dass die Erwerbstätigenproduktivität zukünftig nur noch + 0,5%/Jahr beträgt, sinkt das BIP deutlich, das BIP/Kopf bleibt zunächst etwa gleich und steigt nach 2040 wieder deutlich an (Grafik 4);

* würde aber gleichzeitig die Erwerbstätigkeit auf 80% der 15-65jährigen gesteigert (was bei abnehmendem Arbeitskräftepotential zu erwarten ist), bleibt das BIP/Kopf über dem Ausgangsniveau und steigt stetig an (Grafik 5);

* selbst unter der Annahme, dass die Erwerbstätigenproduktivität zukünftig nur noch 0,3%/Jahr beträgt, ergeben sich ähnliche Ergebnisse (Grafiken 6 und 7).

Insofern unterstreiche ich noch einmal meine Grundthese, dass die demografische Entwicklung nicht zu einem grundsätzlichen Knappheitsproblem führt ("Sachzwang"), der

etwa zur Rentenkürzung/Rente mit 69 etc. zwingt, sondern wir "lediglich" mit einem Verteilungsproblem konfrontiert sind (da das BIP/Kopf aller Voraussicht nach in Zukunft weiter steigt). Vor dem Hintergrund frage ich mich ob es vor diesem Hintergrund angebracht war, schon heute das Renteneintrittsalter auf 67 anzuheben - und ebenfalls bereits heute - wie kürzlich seitens des SVR - auf die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung auf 69 hinzuweisen. Denn dies ist auch mit erheblichen Risiken verbunden, da viele Menschen ihre berufliche Tätigkeit gar nicht bis 69 ausüben können.

Vielleicht ergibt sich in der Enquete Gelegenheit, dieses zentrale Thema einmal ausführlicher zu diskutieren.

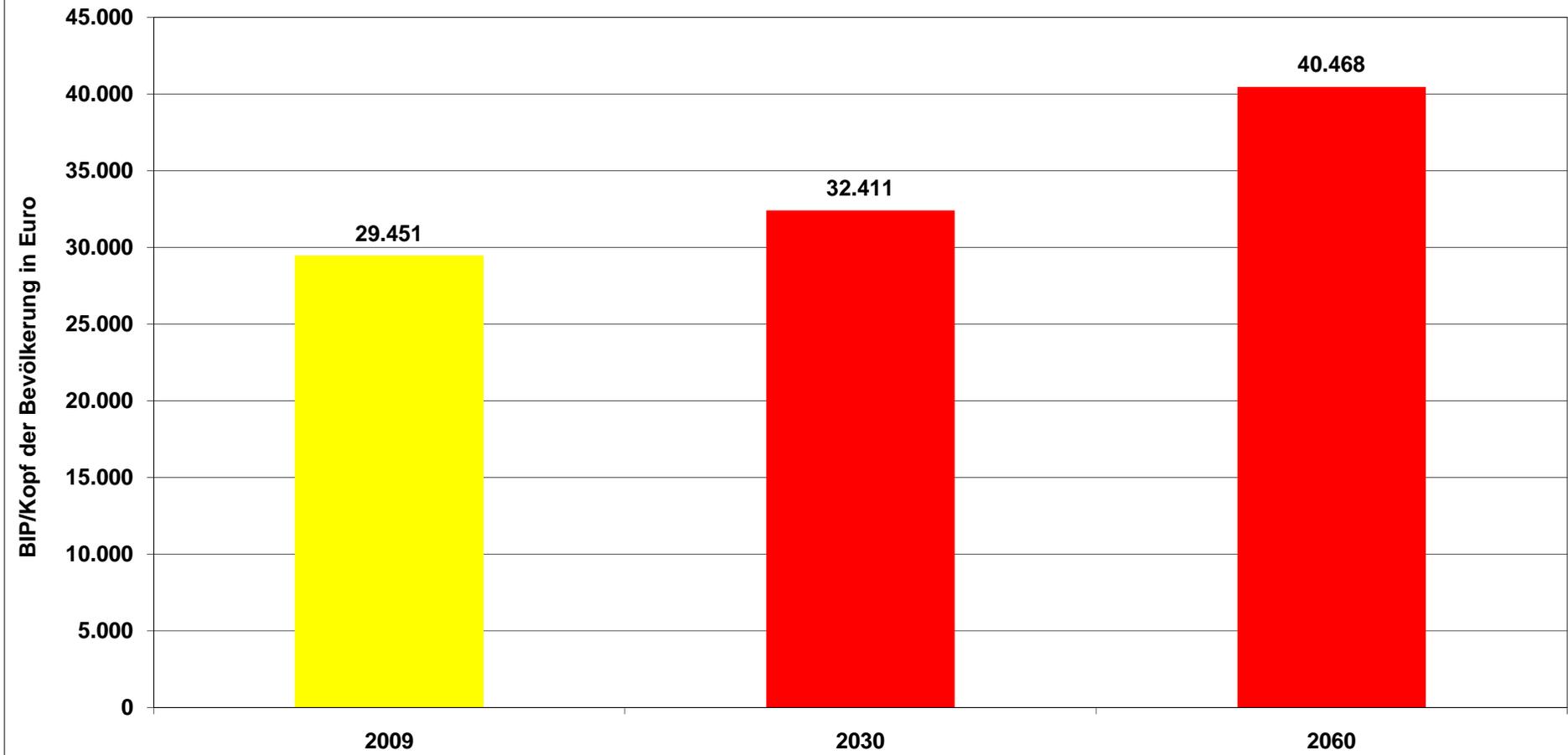
Herzliche Grüße

Norbert Reuter



Produktivität schlägt Alterung*

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf



*Grundlage der Berechnungen ist die Variante 1-W-1 der 12. amtlichen Bevölkerungsprognose; unterstellt ist, dass dauerhaft nur sowenig der 15-65jährigen (= 75%) arbeiten wie 2009, und die Produktivität je Erwerbstätigem jährlich um ein Prozent steigt.
Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Zukunft Soziale Marktwirtschaft



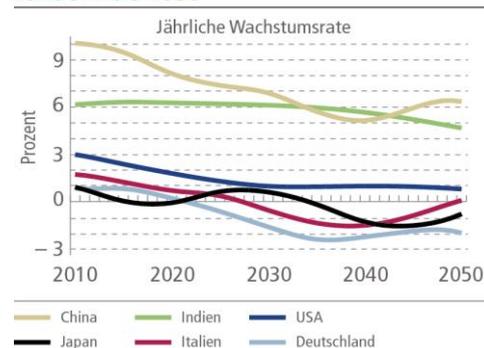
Policy Brief # 2011/04

Gesellschaftliche Alterung – eine unterschätzte ökonomische Herausforderung

Die Alterung der Gesellschaft hat nicht nur Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme, sondern auch für zentrale makroökonomische Größen wie z. B. das Wirtschaftswachstum. Bisher gehen Langfristprognosen davon aus, dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland bis 2050 jedes Jahr weiter wächst. Berechnungen zum Einfluss der Altersstruktur einer Gesellschaft auf deren wirtschaftliche Entwicklung zeigen jedoch, dass die ökonomischen Konsequenzen der Alterung systematisch unterschätzt werden. Bei unveränderten Rahmenbedingungen ist in Deutschland ab Mitte der 2020er Jahre sogar mit einem Rückgang des BIP zu rechnen.

Fokus

Altersabhängige Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten Ländern bis 2050



Quelle: Bertelsmann Stiftung 2010.

| BertelsmannStiftung

Mit Ausnahme von Indien wird für die nächsten drei bis vier Jahrzehnte in allen betrachteten Volkswirtschaften (EU-15, USA, Japan, China und Indien) ein Rückgang der langfristigen Rate des realen Wirtschaftswachstums vorausberechnet. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums ist besonders stark in Japan, Italien, Deutschland, Spanien und Portugal. Für mehr als die Hälfte der 19 Volkswirtschaften berechnet das Modell sogar negative Wachstumsraten für das reale BIP.

Dr. Thieß Petersen
Programm
„Zukunft global
denken“

Telefon:
+49 5241 81-81218
E-Mail:
thiess.petersen@
bertelsmann-
stiftung.de

Deutschland steht vor tief greifenden demographischen Entwicklungen. Zurückgehende Geburtenraten und steigende Lebenserwartungen führen dazu, dass die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten schrumpft und dabei gleichzeitig immer älter wird. Hieraus ergeben sich gravierende Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme, die öffentlichen Finanzen, den Arbeitsmarkt und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastrukturangebote. Weitgehend unbeachtet bleibt dabei jedoch der Umstand, dass eine veränderte Altersstruktur der Gesellschaft auch erhebliche Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum hat.

1. Demographie und Ökonomie in der Theorie

Die Zusammenhänge zwischen demographischen Veränderungen und ökonomischer Entwicklung sind seit Beginn der Volkswirtschaftslehre ein Kernthema entsprechender Analysen. Bisher bezogen sich derartige Untersuchungen vor allem auf die Bevölkerungsgröße und deren Einfluss auf volkswirtschaftlich relevante Größen. Erst seit Beginn der 1990er Jahre setzt sich die Erkenntnis durch, dass weniger die Bevölkerungsgröße als vielmehr die Altersstruktur der Bevölkerung für die Entwicklung zentraler volkswirtschaftlicher Größen wichtig ist.

Die Altersstruktur der Bevölkerung kann über zahlreiche Wirkungsketten Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft haben. So ist beispielsweise zu erwarten, dass mit der Alterung der Gesellschaft eine Veränderung der Nachfragestruktur (vermehrte Nachfrage nach personennahen Dienstleistungen), ein Rückgang der Ersparnisbildung (Abbau des während des Arbeitslebens angespar-

ten Vermögens im Alter), ein steigender Inflationsdruck (Rentner und Pensionäre konsumieren Güter und Dienstleistungen, stellen aber selber keine mehr her) und ein Produktivitätsrückgang verbunden sind.

Die genannten Zusammenhänge müssen aber nicht zwangsläufig eintreten. Mit Blick auf die Bildung von Ersparnissen wäre es beispielsweise auch denkbar, dass ältere Menschen vermehrt sparen, weil sie ihren Kindern und Enkeln Geld oder Sachmittel zukommen lassen wollen. Auch die Angst vor Armut im hohen Alter kann ein Motiv für eine weitere Vermögensbildung sein. Schon diese wenigen Ausführungen verdeutlichen, dass die theoretischen Wirkungszusammenhänge zwischen Alterung und ökonomischer Entwicklung alles andere als eindeutig sind. In diesem Fall können empirische Untersuchungen weiterhelfen.

2. Demographie und Ökonomie in der Empirie

Grundidee der Modellrechnungen

In einem ersten Schritt werden statistische Zusammenhänge zwischen dem Alter (gemessen durch den Anteil einzelner Altersgruppen an der gesamten Bevölkerung) und ökonomischen Kernindikatoren identifiziert. Das dafür verwendete Modell arbeitet mit sechs Altersgruppen: 0- bis 14-Jährige (Kinder), 15- bis 29-Jährige (Jugendliche und junge Erwachsene), 30- bis 49-Jährige, 50- bis 64-Jährige, 65- bis 74-Jährige (junge Rentner und Pensionäre) sowie 75-Jährige und älter (alte Rentner und Pensionäre). Untersucht werden die Zusammenhänge zwischen diesen sechs Altersgruppen und ausgewählten makroökonomischen Kernindikatoren: dem

Wirtschaftswachstum (gemessen durch die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes), der Ersparnisbildung (gemessen durch den Anteil der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse am Bruttoinlandsprodukt) und der Kapitalbildung (gemessen durch den Anteil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt).

Die Identifikation der gesuchten statistischen Zusammenhänge zwischen demographischen und wirtschaftlichen Größen erfolgt mit Hilfe von Korrelationsanalysen. Mit Hilfe dieser statistischen Verfahren werden Zusammenhänge zwischen zwei Größen analysiert, z. B. dem Anteil der Menschen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung und der Höhe der Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes. Damit wird nicht behauptet, dass sich die gesamte wirtschaftliche Entwicklung mit Hilfe der Demographie erklären lässt. Die Modellrechnungen zeigen jedoch, in welche Richtung die Demographie die wirtschaftliche Entwicklung treiben kann. Wenn davon ausgegangen wird, dass die so berechneten Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Altersgruppen und den makroökonomischen Daten auch in Zukunft gelten, können diese Relationen verwendet werden, um mit Hilfe vorliegender Bevölkerungsprognosen die zukünftige Entwicklung der ökonomischen Größen zu berechnen (vgl. für me-

thodische Details Bertelsmann Stiftung 2010 sowie Lindh, Malmberg und Petersen 2010).

Ergebnisse der Modellrechnungen

Das Modell berücksichtigt die Daten von 19 Volkswirtschaften (EU15, USA, Japan, China und Indien). Die statistischen Zusammenhänge werden für ein Gesamtmodell berechnet, in das die Daten aller 19 Volkswirtschaften einfließen.

Methodische Erläuterung

Eine einschränkende Bemerkung betrifft die Interpretation der gefundenen statistischen Zusammenhänge. Generell gilt für die Ergebnisse von Korrelationsanalysen: Falls zwischen zwei Größen ein statistischer Zusammenhang besteht, so bedeutet dies nicht, dass zwischen den beiden Größen auch eine kausale Beziehung, also eine Ursache-Wirkung-Beziehung, besteht. Eine direkte Kausalität kann vorliegen, es ist aber ebenso gut möglich, dass beide Größen bestenfalls über eine dritte Größe in einem Zusammenhang stehen (Scheinkorrelation). Eine kausale Interpretation der Korrelationen ist daher nicht möglich. Dennoch lassen sich einige Überlegungen zur Erklärung von Korrelationen anstellen. Wenn also in den nachfolgenden Ausführungen von ‚Effekten‘ und ‚Wirkungen‘ gesprochen wird, so sind diese stets als statistische Zusammenhänge zu verstehen, aber nicht als strenge Kausalitäten. Dennoch wird hier von Effekten gesprochen, um damit eine mögliche Interpretation der gefundenen Korrelationen zu liefern.

Der Einfluss der verschiedenen Altersgruppen auf die zentralen ökonomischen Größen lässt sich wie folgt beschreiben:

- Da Kinder (bis unter 15 Jahre) in entwickelten Volkswirtschaften keinen Beitrag zur wirtschaftlichen Wertschöpfung leisten, geht ein steigender Anteil von Kindern an der Gesamtbevölkerung mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums sowie der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse und Investitionen einher.

- Jugendliche und junge Erwachsene (15- bis 29-Jährige) befinden sich häufig noch in der Ausbildungsphase und leisten daher nur einen geringen Beitrag zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sodass sie auch nur in geringem Ausmaß zum wirtschaftlichen Wachstum sowie zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung und Investitionstätigkeit beitragen.
- Die Gruppe der 30- bis 49-Jährigen weist die stärksten positiven Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum aus. Mittem im Erwerbsleben stehend, verfügen die Mitglieder dieser Altersgruppe über hohe Einkommen, die eine hohe Ersparnisbildung erlauben. Damit hat diese Altersgruppe auch auf die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit eine positive Wirkung.
- Auch Erwerbstätige im fortgeschrittenen Lebensalter von 50 bis 64 Jahren haben einen positiven Einfluss auf Ersparnisbildung und Investitionstätigkeit. Die wachstumsfördernden Effekte dieser Altersgruppe sind etwas geringer als die Effekte der 30- bis 49-Jährigen, aber größer als bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen.
- Ein steigender Anteil von Rentnern und Pensionären an der Gesamtbevölkerung hat zur Folge, dass die Erwerbstätigen die von ihnen produzierten Güter und Dienstleistungen mit einer wachsenden Zahl von altersbedingt nicht mehr erwerbstätigen Personen teilen müssen. Eine Zunahme dieser Altersgruppe wirkt daher wachstumsdämpfend.

"Gruppe der 30- bis 64-Jährigen ist für Wirtschaftswachstum besonders wichtig."

3. Ökonomische Entwicklungen bis zum Jahr 2050

Die identifizierten statistischen Zusammenhänge werden in einem zweiten Schritt genutzt, um in Verbindung mit der Bevölkerungsprognose eine Abschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung in den 19 untersuchten Volkswirtschaften zu berechnen. Die für die Projektion der Wirtschaftsdaten notwendigen demographischen Entwicklungen bis zum Jahr 2050 zeichnen sich in den betrachteten Volkswirtschaften durch einige generelle Trends aus. Zum einen werden alle

Länder durch einen Rückgang des Anteils der Kinder an der Gesamtbevölkerung sowie durch einen Anstieg des Anteils der Rentnergenerationen im Alter von 65 Jahren und darüber geprägt. Zum anderen bilden die geburtenstärksten Jahrgänge, die so genannten »Baby-Boomer«, in allen Ländern - außer Indien - zwischen 1990 und 2010 die Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen. In Indien werden die Baby-Boomer erst um 2030 dieses Alter erreichen.

Die Abfolge der relativen Stärke der Altersgruppen ist wegen der gefundenen Zusammenhänge zwischen den Altersgruppen und den ökonomischen Indikatoren wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung. Ein großer Anteil der Personen im Alter zwischen 30 und 49 Jahren an der Gesamtbevölkerung hat einen besonders positiven Effekt auf die Produktion, Ersparnisbildung und Investitionstätigkeit einer Gesellschaft.

Deshalb bewirkt ein hoher Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung hohe Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts. Ein großer Anteil der Rentnergeneration hat hingegen – rein ökonomisch betrachtet – besonders negative Konsequenzen für die Produktion, Ersparnisbildung sowie die Investitionstätigkeit, und damit auch negative Auswirkungen auf das reale Wirtschaftswachstum.

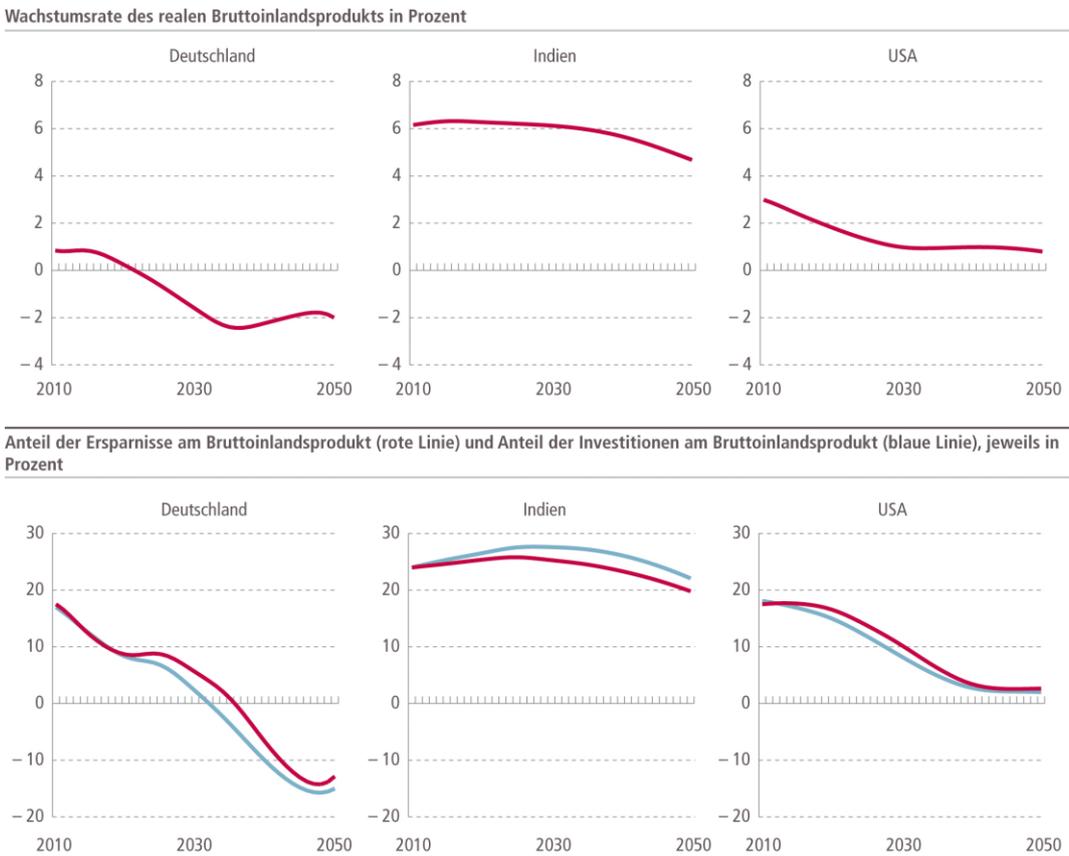
"Abschwächung des Wirtschaftswachstums ist in Japan, Deutschland und Italien am stärksten."

hänge zu Ergebnissen, die sich wie folgt skizzieren lassen (für drei ausgewählte Länder sind die Entwicklungen in Abbildung 1 dargestellt): Mit Ausnahme von Indien wird für die nächsten drei bis vier Jahrzehnte in allen Volkswirtschaften ein Rückgang der langfristigen Rate des realen Wirtschaftswachstums vorausberechnet. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums ist besonders stark in Japan, Italien, Deutschland, Spanien und Portugal. Für mehr

Die Modellrechnungen kommen angesichts dieser demographischen Entwicklung und der mit den internationalen Daten berechneten statistischen Zusammen-

als die Hälfte der 19 Volkswirtschaften – darunter auch Deutschland – berechnet das Modell sogar negative Wachstumsraten für das reale Bruttoinlandsprodukt.

Abbildung 1: Demographisch bedingte Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, Indien und USA 2010 bis 2050



Quelle: Lindh, Malmberg und Petersen 2010, S. 60.

In Deutschland schrumpft das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner wegen der Bevölkerungsrückgangs zwar etwas schwächer als das Bruttoinlandsprodukt selbst. Dennoch berechnet das Modell auch für das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt ab Mitte der 2020er Jahre einen Rückgang, der in der Spitze bei etwas über zwei Prozent pro Jahr liegt.

4. Ist ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts problematisch?

Da die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts eine wesentliche Rolle für den gesellschaftlichen Wohlstand und die staatlichen Einnahmen spielt, ist kurz auf die Konsequenzen einer geringen oder sogar negativen Wachstumsrate einzugehen. Dabei geht es hier weniger um die Frage, ob ein Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts auch automatisch einen Rückgang des Wohlergehens bedeutet. Das Bruttoinlandsprodukt gilt nicht als idealer Indikator für das menschliche Wohlergehen: Es blendet außerökonomischer Dimensionen wie Gesundheit, Freizeit, Bildung sowie Umwelt aus. Zahlreiche wirtschaftliche Elemente (häusliche Betreuung von Kindern, Ehrenamt) bleiben unberücksichtigt. Dafür fließen in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts Aspekte ein, die keinen Beitrag zum Wohlergehen leisten (z. B. Ausgaben zur Beseitigung von Umwelt- oder Brandschäden). Ob ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts daher auch notwendigerweise mit einer Einbuße des gesellschaftlichen oder individuellen Wohlergehens verbunden ist, ist somit fraglich.

Als Basis für die Einnahmen des Staates spielt das Bruttoinlandsprodukt jedoch im

Bereich der politischen Handlungsfähigkeit eine nicht unerhebliche Rolle. Angesichts der wachsenden Anforderungen einer alternden Gesellschaft an die staatlichen Leistungen im Bereich der Altersversorgung und dem Gesundheitswesen wäre eine solide finanzielle Basis – also ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt – erforderlich. Weil durch die Alterung der Gesellschaft eine immer geringere Zahl von Beitragszahlern auf steigende Anforderungen an die Leistungen der sozialen Sicherung trifft, ergeben sich für die sozialen Sicherungssysteme zunehmende Herausforderungen, die entsprechende Reformen erforderlich machen. Hierzu gibt es bereits eine Vielzahl von Vorschlägen. Allerdings gehen alle bisherigen Reformanstrengungen für die nächsten vier Dekaden von einem langfristig zwar etwas langsameren, aber immerhin noch wachsenden Bruttoinlandsprodukt aus (vgl. für eine Übersicht Petersen, Barth und Venhaus 2010, S. 36f.).

5. Handlungsoptionen

Zentraler Ansatzpunkt zur Abmilderung der negativen Konsequenzen der gesellschaftlichen Alterung für die öffentlichen Finanzen, die politische Handlungsfähigkeit und die soziale Stabilität ist der Arbeitsmarkt. Strategien, mit deren Hilfe den skizzierten drohenden Entwicklungen entgegen gewirkt werden kann, sind unter anderem die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, die Steigerung der Produktivität sowie die Förderung der Nettozuwanderung.

- Verlängerung der Lebensarbeitszeit: Neben einer Erhöhung der tatsächlichen Jahresarbeitszeit ist hier vor allem an die Erhöhung des faktischen Rentenzugangsalters zu denken. Letzteres wird sich jedoch nur erreichen

lassen, wenn die gesetzliche Erhöhung des abschlagfreien Rentenzugangsalters durch bildungspolitische und gesundheitspolitische Maßnahmen flankiert wird.

- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung: Hierbei ist neben einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Personen primär an die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit zu denken. Stellschraube dafür ist wiederum eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese bezieht sich gegenwärtig vor allem auf die Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote. Perspektivisch wird es jedoch immer wichtiger, auch die Rahmenbedingungen für die familiäre Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen zu verbessern.
- Steigerung der Produktivität: In einer alternden Gesellschaft, in der immer weniger Arbeitskräfte für die Versorgung einer wachsenden Zahl von Nichterwerbstätigen zur Verfügung stehen, lässt sich der wirtschaftliche Wohlstand sichern, wenn die Produktivität der noch vorhandenen Arbeitskräfte gesteigert wird. Hier ist das gesamte Bildungssystem gefordert, beginnend bei der frühkindlichen Bildung über die schulische und universitäre Bildung bis hin zur Berufsausbildung und Intensivierung der beruflichen Weiterbildung (lebensbegleitendes Lernen).
- Steigerung der Nettozuwanderung: Dies verlangt eine Erhöhung der Zuwanderung bei gleichzeitiger Abbremsung der Abwanderung. Beides lässt sich nur erreichen, wenn im Vergleich zum Ausland attraktivere Arbeits- und Lebensbedingungen geboten werden. Dies umfasst eine Vielzahl von Aspekten wie z. B. die effektive steuerliche Belastung, das Angebot an Infrastruktur, aber auch Faktoren wie die soziale Stabilität und Toleranz.

Fazit

Die hier präsentierten Modellrechnungen kommen zu dem Schluss, dass die ökonomischen Konsequenzen der gesellschaftlichen Alterung sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der politischen Diskussion systematisch unterschätzt werden. Daher ist die Politik auf einen eventuellen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts als Konsequenz der gesellschaftlichen Alterung nicht vorbereitet. Es ist deshalb zu befürchten, dass die Politik mit wachstumsbedingten Staatseinnahmen rechnet, die faktisch wesentlich geringer ausfallen könnten. Zukünftige Reformüberlegungen sollten daher zumindest die Möglichkeit eines mittelfristig schrumpfenden realen Bruttoinlandsprodukts berücksichtigen.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Ageing and the German Economy – Age-Structure Effects Based on International Comparisons, Gütersloh 2010.
- Lindh, Thomas, Bo Malmberg und Thieß Petersen, Die ökonomischen Konsequenzen der gesellschaftlichen Alterung, in: Wirtschaftsdienst, 90. Jg., 2010, S. 54 - 63.
- Petersen, Thieß, Veronica Barth und Marc Venhaus, Alterndes Deutschland – Ökonomische Konsequenzen und gesellschaftspolitische Herausforderungen, Gütersloh 2010.

Policy Brief 2011/03: Zukunftsmodell Soziale Marktwirtschaft

Eine gute Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist teilhaberecht, nachhaltig und generationengerecht. Megatrends wie der demographische Wandel und die Globalisierung machen es immer schwerer, dies in Deutschland zu realisieren. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bilden das Fundament für die Bewältigung der globalen Herausforderungen. Um den geänderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden, ist es jedoch erforderlich, die Prinzipien und ihre Ausgestaltung zu modifizieren.

Policy Brief 2011/02: Nach der Krise ist vor der Krise – was schützt uns vor dem nächsten Mal?

Deutschland hat die Wirtschaftskrise schnell überwunden. Entscheidende Ursachen hierfür waren – neben dem Anspringen der Weltwirtschaft – die staatlichen Sofortmaßnahmen, die Lohnzurückhaltung sowie das Zurückstellen parteitaktischer Interessen hinter sachpolitisch gebotene Lösungen. Angesichts der weiterhin labilen Weltkonjunktur drohen jedoch neue wirtschaftliche Krisen. Eine Stärkung der Instrumente, die uns erfolgreich durch die vergangene Wirtschaftskrise brachten, ist daher dringend geboten.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Themen der nächsten Ausgaben:

- Stellschraube Migration?
- Zunehmende Lohnspreizung – der deutsche Sonderweg

Produktivität kompensiert Alterung!

**Produktivitätsentwicklung und demografischer
Wandel in Deutschland in Szenarien**

Norbert Reuter

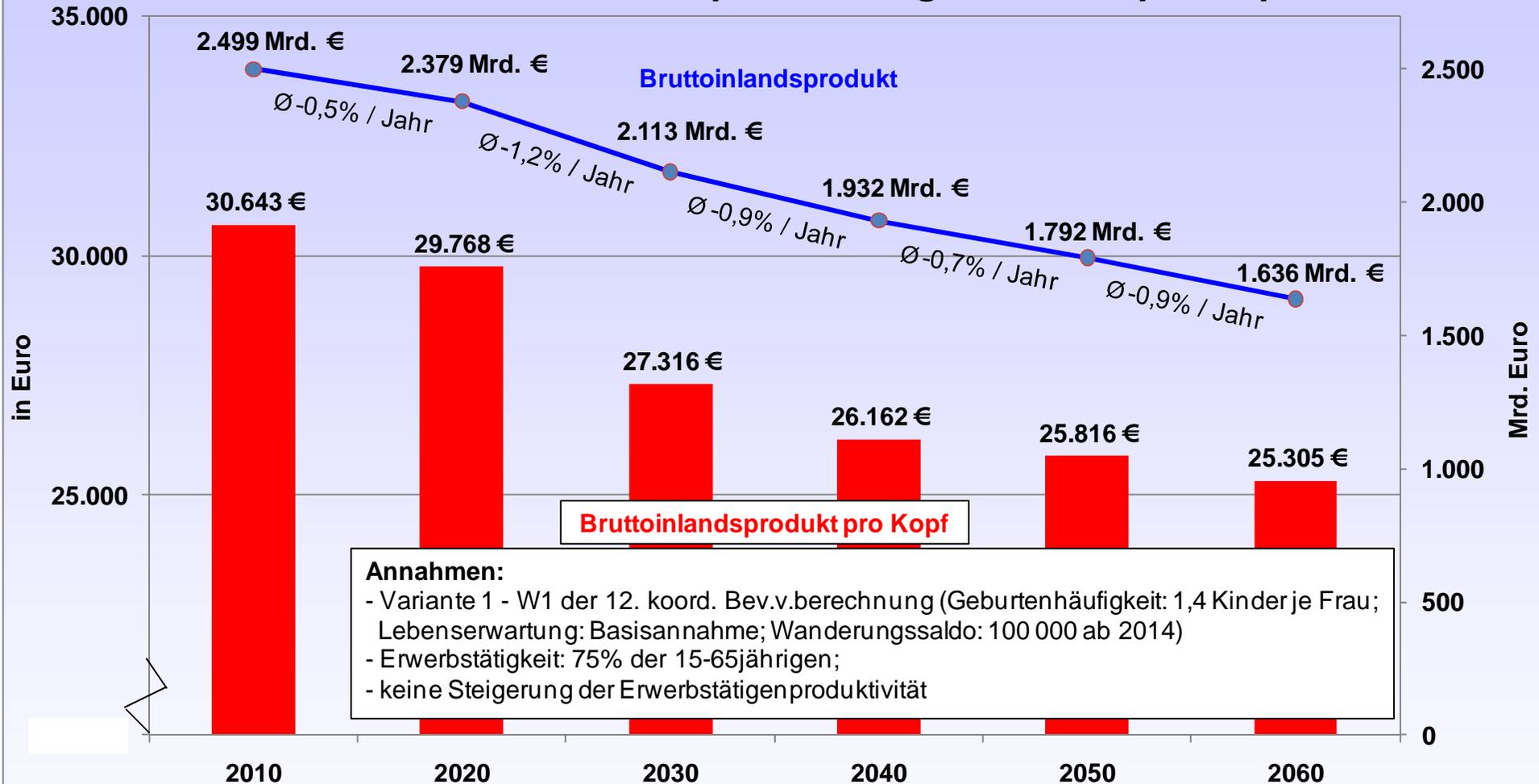
Berlin, Juni 2011

Varianten der Szenarien

- zugrunde liegt jeweils die mittlere Variante 1-W-1 der 12. amtlichen Bevölkerungsvorausberechnung
- variiert werden:
 - Grad der Erwerbstätigkeit
 - 75% der 15-65jährigen (\triangleq Niveau von 2010)
 - Steigerung auf 80% der 15-65jährigen
 - Entwicklung der Erwerbstätigenproduktivität
 - kein Produktivitätsfortschritt
 - 1% / Jahr (\triangleq Durchschnitt der jährlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde der letzten 10 Jahre)
 - 0,7% / Jahr
 - 0,5% / Jahr

Produktivität und demografischer Wandel*

Deutsches Bruttoinlandsprodukt insgesamt und pro Kopf



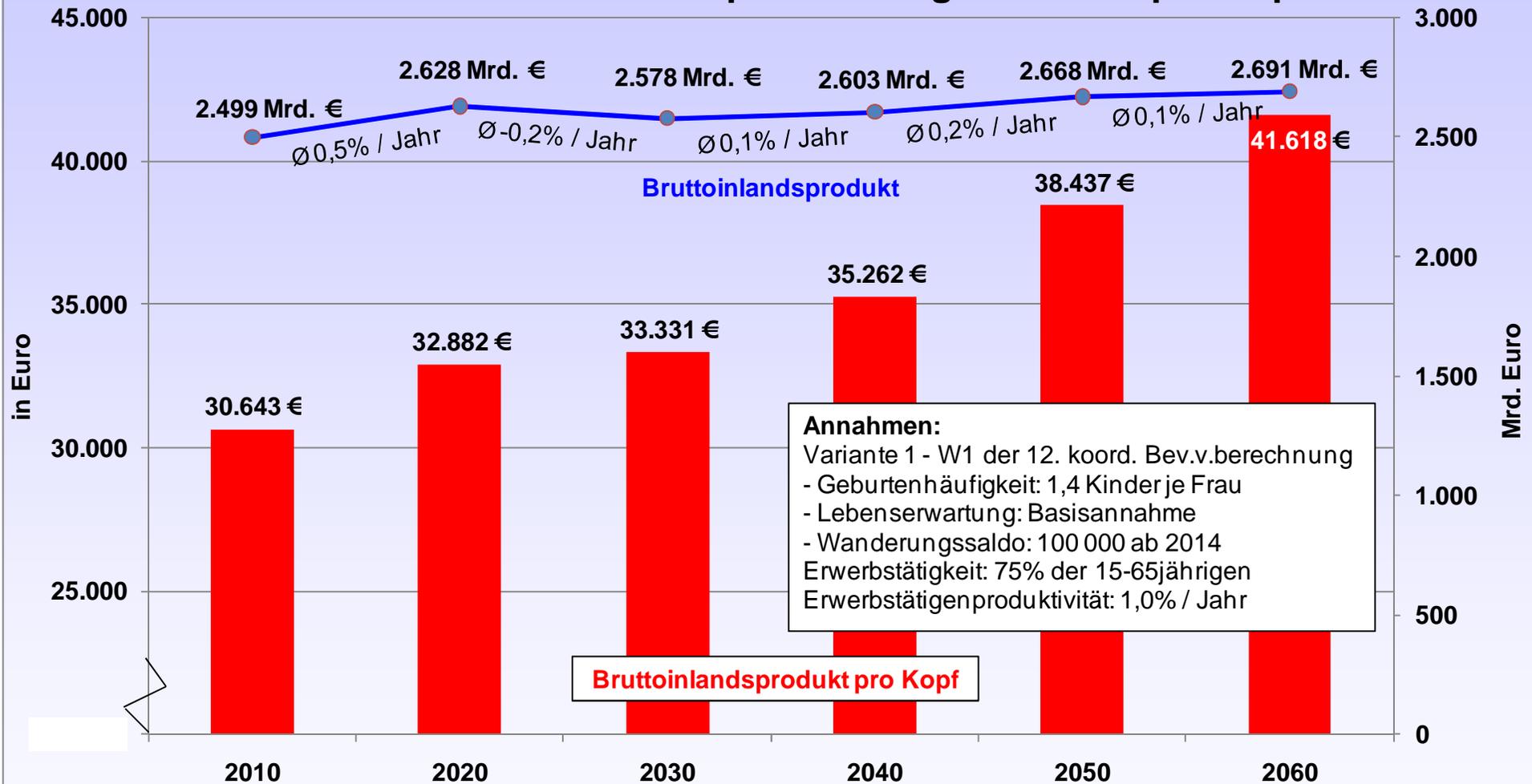
* Grundlage der Berechnungen ist die Variante 1-W-1 der 12. amtlichen Bevölkerungsprognose; unterstellt ist, dass im Prognosezeitraum nur sowenig der 15-65jährigen (= 75%) arbeiten wie 2010, und die Produktivität je Erwerbstätigem konstant bleibt.

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Grafik 1

Produktivität und demografischer Wandel*

Deutsches Bruttoinlandsprodukt insgesamt und pro Kopf



Annahmen:
 Variante 1 - W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsberechnung
 - Geburtenhäufigkeit: 1,4 Kinder je Frau
 - Lebenserwartung: Basisannahme
 - Wanderungssaldo: 100 000 ab 2014
 Erwerbstätigkeit: 75% der 15-65jährigen
 Erwerbstätigenproduktivität: 1,0% / Jahr

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf

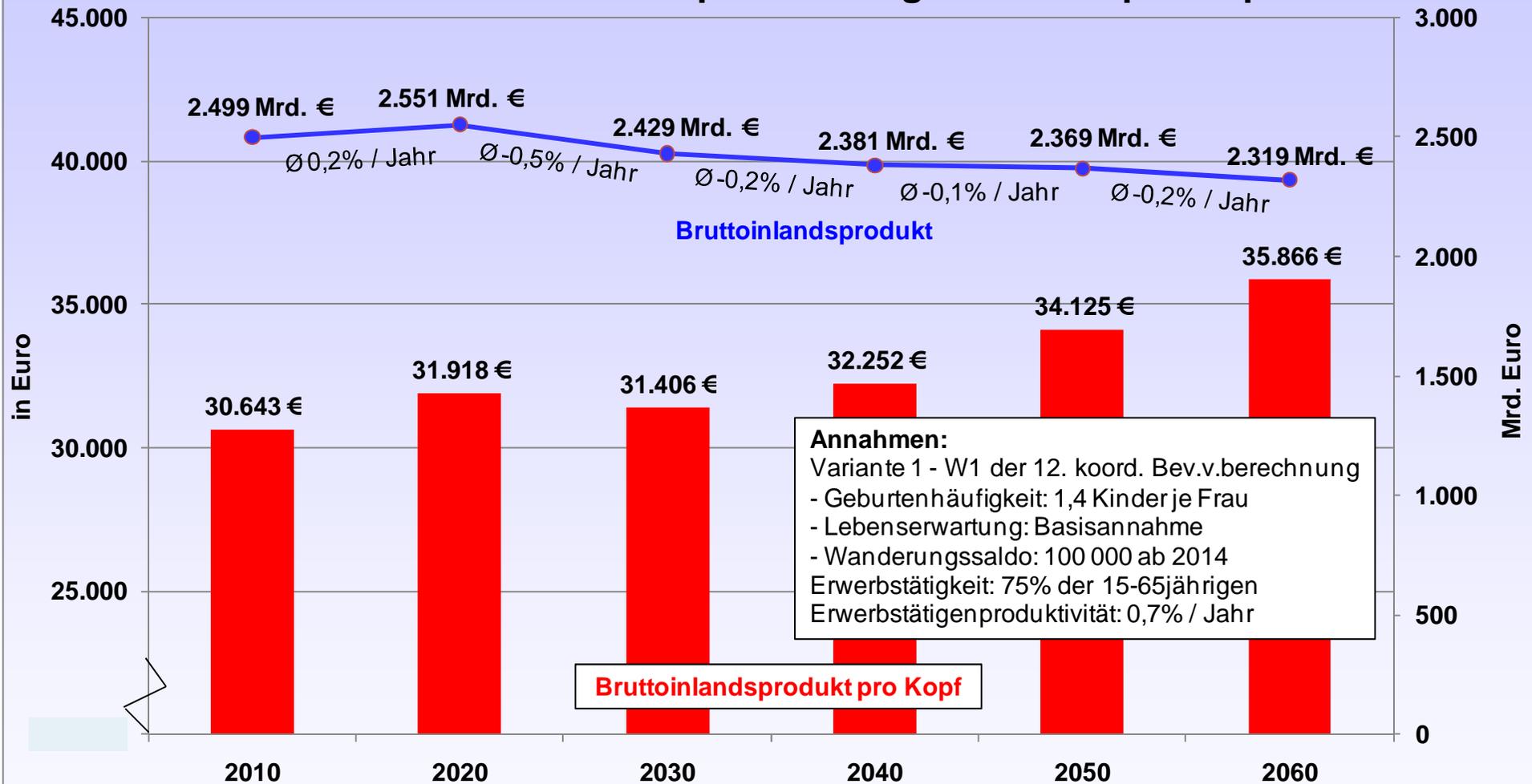
* Grundlage der Berechnungen ist die Variante 1-W-1 der 12. amtlichen Bevölkerungsprognose; unterstellt ist, dass im Prognosezeitraum nur so wenig der 15-65jährigen (= 75%) arbeiten wie 2010, und die Produktivität je Erwerbstätigem um 1,0 Prozent pro Jahr steigt.

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Grafik 2

Produktivität und demografischer Wandel*

Deutsches Bruttoinlandsprodukt insgesamt und pro Kopf

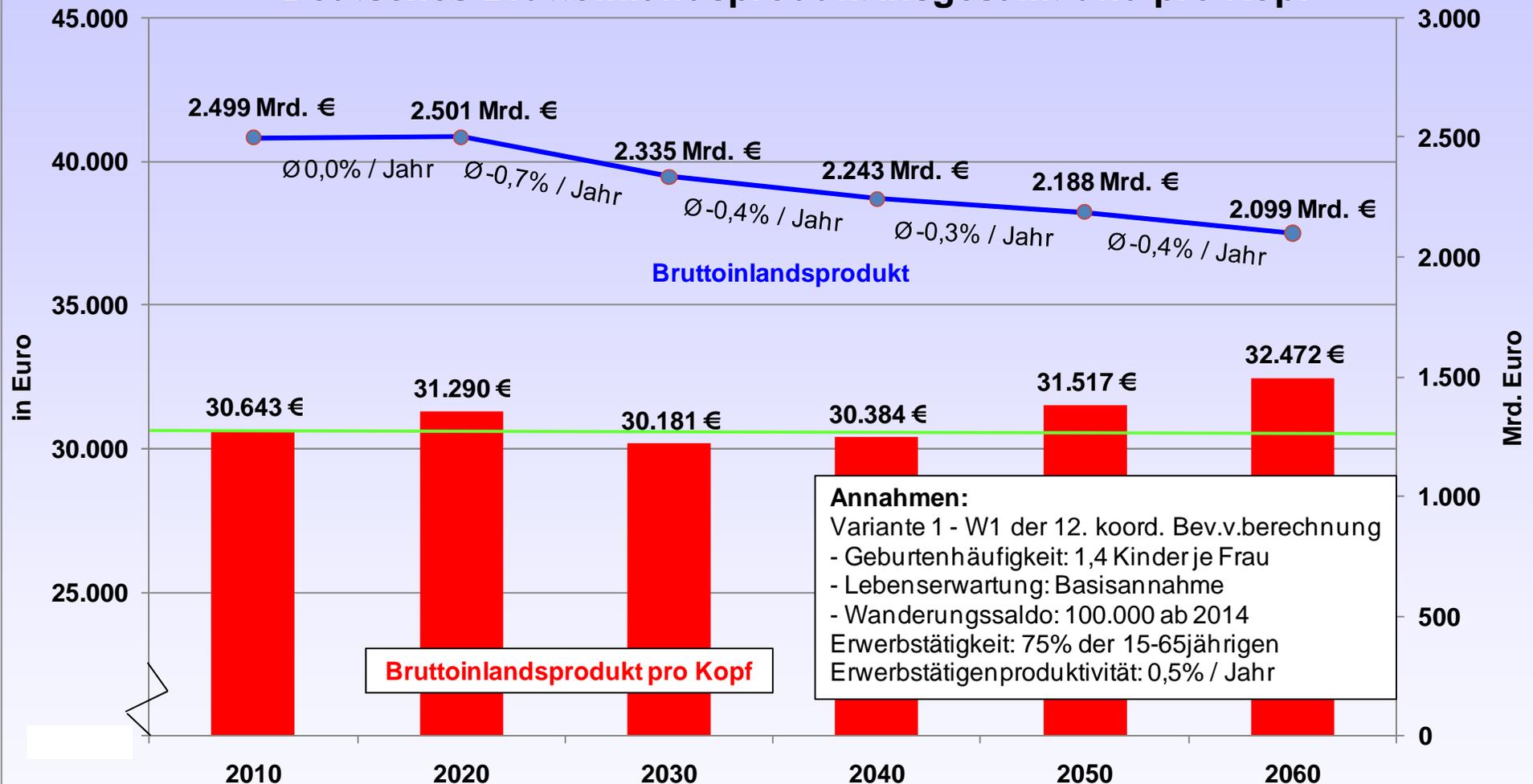


* Grundlage der Berechnungen ist die Variante 1-W-1 der 12. amtlichen Bevölkerungsprognose; unterstellt ist, dass im Prognosezeitraum nur sowenig der 15-65jährigen (= 75%) arbeiten wie 2010, und die Produktivität je Erwerbstätigem um 0,7 Prozent pro Jahr steigt.

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Produktivität und demografischer Wandel*

Deutsches Bruttoinlandsprodukt insgesamt und pro Kopf



Annahmen:
 Variante 1 - W1 der 12. koordin. Bev.v.berechnung
 - Geburtenhäufigkeit: 1,4 Kinder je Frau
 - Lebenserwartung: Basisannahme
 - Wanderungssaldo: 100.000 ab 2014
 Erwerbstätigkeit: 75% der 15-65jährigen
 Erwerbstätigenproduktivität: 0,5% / Jahr

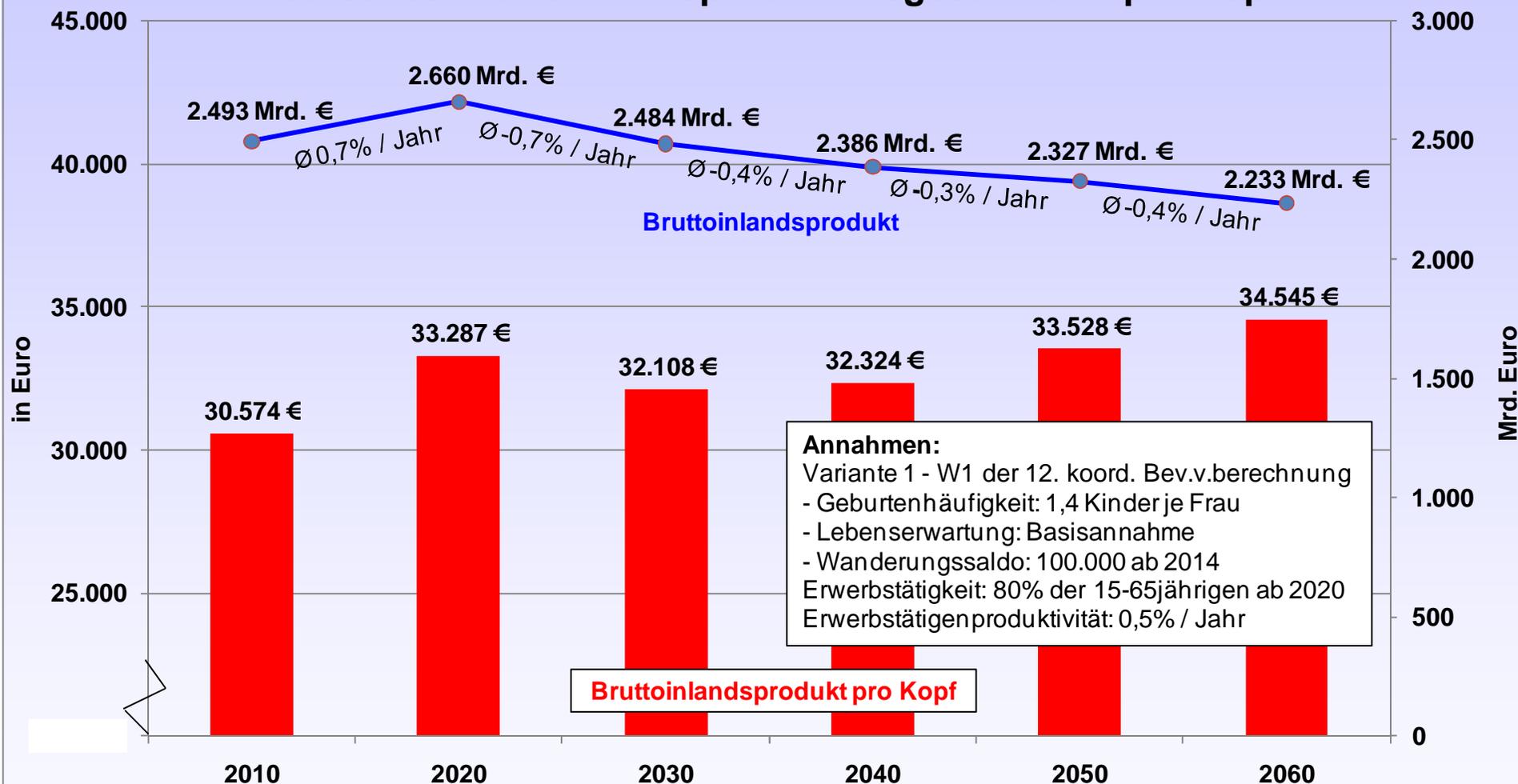
* Grundlage der Berechnungen ist die Variante 1-W-1 der 12. amtlichen Bevölkerungsprognose; unterstellt ist, dass im Prognosezeitraum nur sowenig der 15-65jährigen (= 75%) arbeiten wie 2010, und die Produktivität je Erwerbstätigem um 0,5 Prozent pro Jahr steigt.

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Grafik 4

Produktivität und demografischer Wandel*

Deutsches Bruttoinlandsprodukt insgesamt und pro Kopf



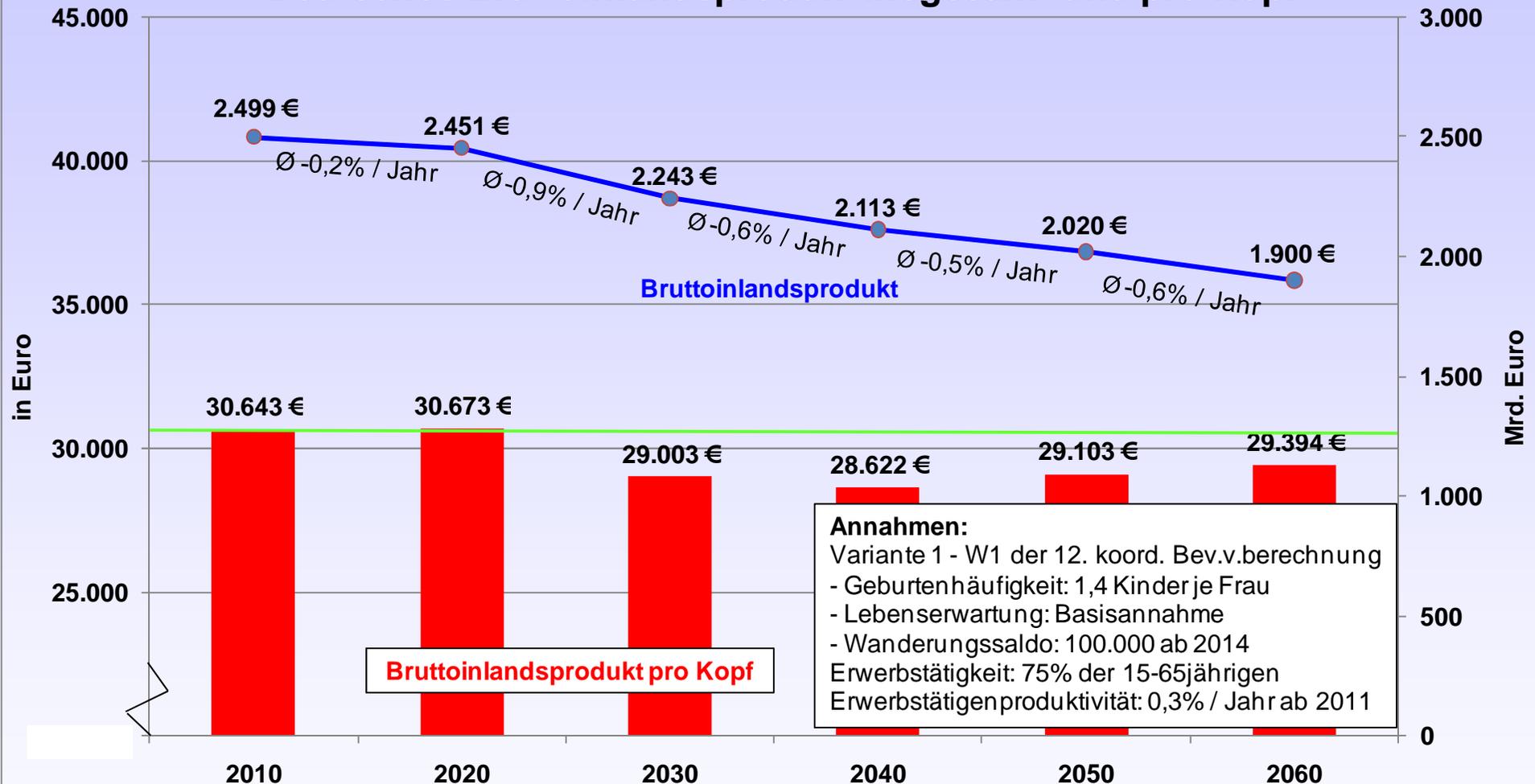
* Grundlage der Berechnungen ist die Variante 1-W-1 der 12. amtlichen Bevölkerungsprognose; unterstellt ist, dass ab 2020 80% der 15-65jährigenarbeiten (statt 75% wie 2010), und die Produktivität je Erwerbstätigem um 0,5 % pro Jahr steigt.

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Grafik 5

Produktivität und demografischer Wandel*

Deutsches Bruttoinlandsprodukt insgesamt und pro Kopf



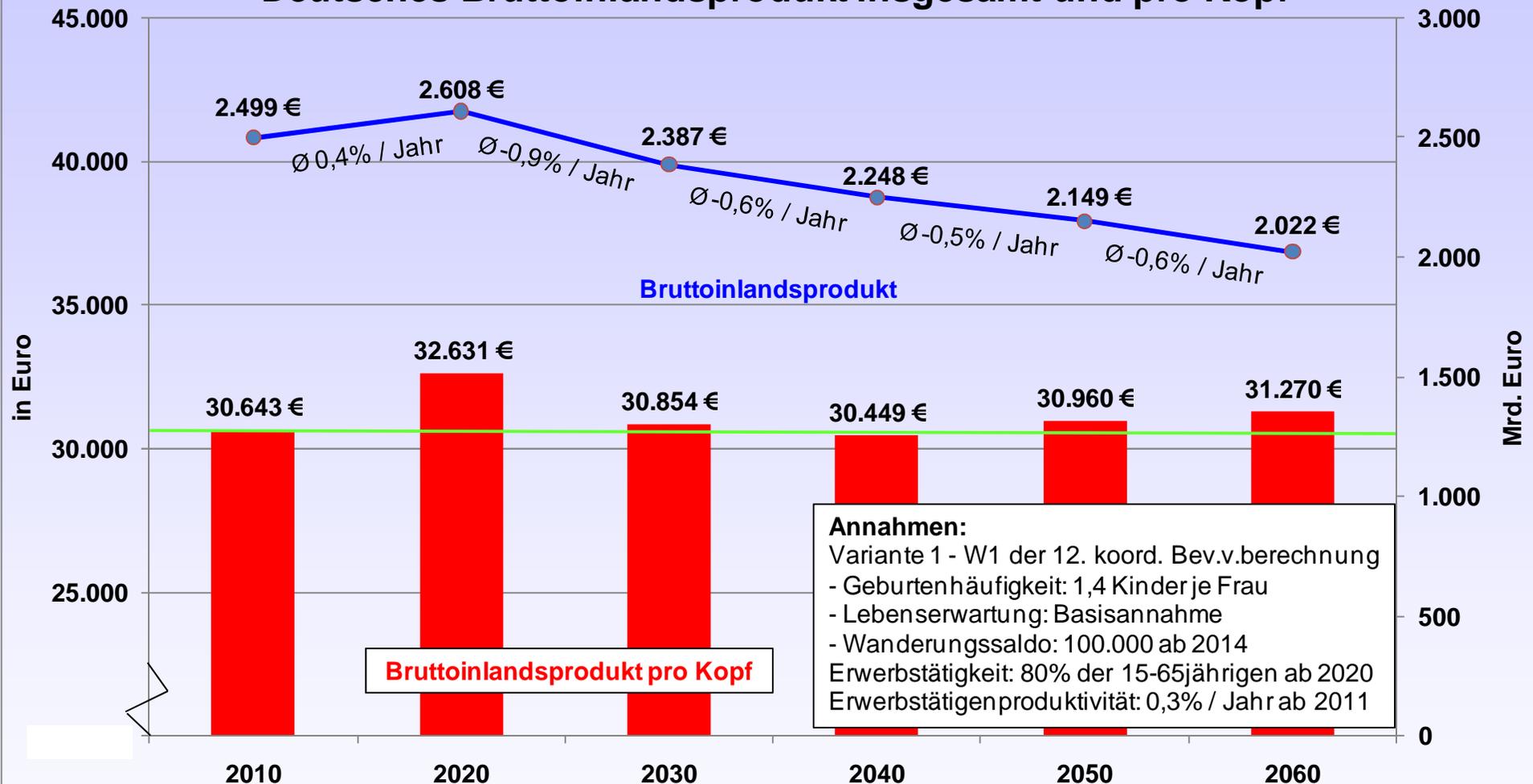
* Grundlage der Berechnungen ist die Variante 1-W-1 der 12. amtlichen Bevölkerungsprognose; unterstellt ist, dass im Prognosezeitraum nur sowenig der 15-65jährigen (= 75%) arbeiten wie 2010, und die Produktivität je Erwerbstätigem um 0,3 Prozent pro Jahr steigt.

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Grafik 6

Produktivität und demografischer Wandel*

Deutsches Bruttoinlandsprodukt insgesamt und pro Kopf



* Grundlage der Berechnungen ist die Variante 1-W-1 der 12. amtlichen Bevölkerungsprognose; unterstellt ist, dass ab 2020 80% der 15-65jährigen (statt 75% wie 2010), und die Produktivität je Erwerbstätigem um 0,3 Prozent pro Jahr steigt.

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009

Grafik 7

Ergebnisse

- unter der völlig unrealistischen Annahme eines zukünftig ausbleibenden Produktivitätsfortschritts gehen BIP wie BIP/Kopf stark zurück (Grafik 1);
- unter der realistischen Annahme einer wie in den letzten 10 Jahren steigenden Produktivität steigt das BIP leicht, das BIP/Kopf stark (Grafik 2);
- unter der Annahme, dass der Produktivitätsfortschritt künftig nur noch + 0,7%/Jahr beträgt, sinkt das BIP leicht, das BIP/Kopf steigt weiterhin (Grafik 3);

Ergebnisse

- **unter der Annahme, dass die Erwerbstätigenproduktivität zukünftig nur noch + 0,5%/Jahr beträgt, sinkt das BIP deutlich, das BIP/Kopf bleibt zunächst etwa gleich und steigt nach 2040 wieder deutlich an (Grafik 4);
würde gleichzeitig die Erwerbstätigkeit auf 80% der 15-65jährigen gesteigert, bleibt das BIP/Kopf über dem Ausgangsniveau und steigt stetig an (Grafik 5);**
- **selbst unter der Annahme, dass die Erwerbstätigenproduktivität zukünftig nur noch 0,3%/Jahr beträgt, ergeben sich ähnliche Ergebnisse (Grafiken 6 und 7);**

